Augenzeugenbericht aus dem Grenzgebiet Polen-Belarus

Vorbemerkung:

Ich bin Politikwissenschaftler, war viele Jahre für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Ost- und Südosteuropa federführend tätig und bin seit 15 Jahren selbständig als Berater und Unterstützer für zivilgesellschaftlich aktive Gruppen in vielen, zumeist osteuropäischen Ländern, unterwegs. Im polnisch-belorussischen Grenzgebiet weilte ich in den letzten 3 Jahren v.a. zur Vorbereitung und Durchführung politischer Radreisen (politische-radreisen.de). Ich spreche polnisch, beobachte die gesellschaftliche Entwicklung in Polen seit 40 Jahren. Auch in Belarus war ich in den letzten 10 Jahren häufig zu Besuch. Aus eigenem Antrieb, mit dem Ziel, die Situation vor Ort verstehen zu wollen, um dann darüber einer breiten Öffentlichkeit, darunter auch politischen Entscheidungsträgern, zu berichten, habe ich mich – gemeinsam mit meinem Sohn Paul, einem gelernten Krankenpfleger, auf den Weg gemacht. Vom **27.-31.10.21** hielten wir uns im Urwaldgebiet, kurz vor der Sperrzone auf und schlossen uns einer lokalen Hilfsorganisation an.

Situationsbeschreibung

Hunderte, vielleicht Tausende Menschen, befinden sich derzeit im großen Waldgebiet um Bialowieza auf der Flucht. Es sind Familien mit Kindern, Alleinreisende, manchmal auch Männer mit Anzügen und Aktentasche, die den vermeintlich einfachen Fluchtweg über Belarus gewählt haben. Sie kommen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak oder Iran oder aus nordafrikanischen Ländern. Tagsüber verstecken sie sich weitab von den Waldwegen im Wald, nachts versuchen diejenigen, die (noch) bei Kräften sind, weiter westwärts, Richtung Deutschland, voran zu kommen. Wenn sie geschafft haben, sich ca. 20 – 30 km von der Grenze entfernt zu haben, ohne entdeckt zu werden, besteht die Möglichkeit, dass sie von Verwandten, Freunden oder Schleppern mit dem Auto abgeholt und nach Deutschland bzw. zur deutschen Grenze transportiert werden. Häufig werden die Geflüchteten von den Grenzeinheiten aufgegriffen, die mit Hubschraubern und mit Fahrzeugen entlang der Wege patrouillieren. In diesem Fall erfolgt fast immer ein push-back zurück zur Grenze nach Belarus. Manche sind auf diese Weise bereits vielfach zurück befördert worden und extrem geschwächt. Deshalb befinden sich die meisten der geschwächten Menschen derzeit im unmittelbaren Grenzgebiet in den Wäldern. Es ist den (noch) relativ milden und trockenen Herbsttemperaturen mit nachts um 3°C und tagsüber bis zu 13 °C zu verdanken, dass bislang nicht mehr Menschen gestorben sind. Niemand weiß, wie viele es bereits sind. Ein lokaler Waldkenner berichtete uns, dass es in der Region Sumpfgebiete gibt, die Menschen ohne Ortskenntnisse zum Verhängnis werden können. Die Toten würden hier erst irgendwann einmal als Moorleichen entdeckt werden.

Das unmittelbare Grenzgebiet (ca. 3 km entlang der Grenze) ist durch Straßensperren von der Außenwelt abgeriegelt. An der vordem kaum gesicherten Grenze nach Belarus wurde ein provisorischer Stacheldrahtzaun ausgerollt. Der seit Anfang September verhängte Ausnahmezustand in der Sperrzone zum Schutz vor illegaler Immigration ist ausschließlich militärisch konzipiert. Zutritt haben zur Sperrzone lediglich die Anwohner, Soldaten, Polizei, der Grenzschutz sowie Mitglieder der sogenannten „Armee zur Territorialverteidigung“. Letztere wurde 2017 von der PiS zum Schutze des Vaterlandes[1] ins Leben gerufen. Humanitäre Hilfsorganisationen, Menschenrechtsbeobachter*innen, Journalist*innen oder Politiker*innen der Opposition sind in der Sperrzone nicht zugelassen. Die Hotels und Pensionen im Touristenort Bialowieza, der Ort liegt innerhalb der Sperrzone, sind von den Einsatzkräften belegt, das örtliche Stadion wird als Militärlager genutzt. Auch Maschinengewehrwaffen größeren Kalibers werden dort gelagert. Zuletzt versuchte der Primus der katholischen Kirche Polens in Gesprächen mit dem Innenministerium die Genehmigung der Hilfsorganisation „ Mediziner an der Grenze“ in der Sperrzone zu erreichen - vergeblich.[2] Auch die Mitwirkung der Europäischen Grenzagentur Frontex, die in Warschau ihren Hauptsitz hat, wurde von der polnischen Regierung abgelehnt.
In der polnischen Zivilgesellschaft wächst die Unterstützung für die Geflüchteten in der Grenzregion. Im Ort Bialowieza, innerhalb der Sperrzone gelegen, lassen sich viele trotz massiver

1 https://taz.de/Paramilitaerische-Gruppen-in-Polen/!5412371/. Jetzt firmieren sie mit der Aufschrift auf der Uniform „Border group“, sind der Polizei bzw. dem Grenzschutz zugeordnet.

2 https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-11/eu-aussengrenze-polen-migranten-hilfsorganisation-mediziner-belarus

Präsenz der Grenzeinheiten nicht davon abbringen, den Geflüchteten im Wald mit Nahrungsmitteln und notdürftiger Erstversorgung zu helfen. Manche nehmen die Geflüchteten auch mit nach Hause. Ob das legal oder verboten ist, ist für sie zweitrangig. Aber: Es sind zu viele kranke, schwache, traumatisierte Menschen, die einer professionellen ersten Hilfe bedürfen. Die nicht ausgebildeten Helfer*innen überfordern sich permanent und geraten an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit. Mir wurde berichtet, dass auch Grenzsoldaten mit der Situation nicht zurecht kommen und ihren Dienst quittieren.

Außerhalb der Sperrzone gibt es freiwillige Helfer*innen, die sich u.a. im Netzwerk Grenze („granica group“) oder in der Stiftung „Rettung“ (polnisch: ocalenie) verbunden haben. Sie leisten rund um die Uhr Verpflegungshilfe vor Ort und beraten die Geflüchteten über ihre rechtlichen Möglichkeiten. Mein Sohn berichtete mir, dass er bei seinen Besuchen mit den Helfern im Wald total verängstigte Menschen vorfand. Längeres Hände halten zur Vertrauensbildung war unendlich wichtig. Wird medizinische Hilfe benötigt, sind die „mobilen Mediziner an der Grenze“, ebenfalls eine Freiwilligenorganisation, zur Stelle. Aber: Alle helfenden Gruppen dürfen nur außerhalb der Sperrzone lebensrettend aktiv werden. Übertreten sie aus Versehen die Sperrzone, drohen mehrere Tage unangenehme Haft.
In wenigen Wochen wird die größte nichtstaatliche Hilfsorganisation Polens, das sogenannte „Große Orchester der Weihnachtshilfe“, ein humanitäres Zentrum der Geflüchtetenhilfe in Michalowa eröffnen und die laufende Arbeit der Hilfsorganisationen verstärken. Bislang erschwert die Kriminalisierung der Geflüchteten und die Errichtung der Sperrzone durch staatliche Organe die Arbeit enorm. Auch außerhalb der Zone drohen Straßenkontrollen und die Helfer*innen müssen sich auf Schleichwegen an die Geflüchteten heranpirschen, damit die Grenzeinheiten sie nicht entdecken.

Asylantrag in Polen als Chance?
Sind die Geflüchteten am Ende ihrer Kräfte, haben sie theoretisch die Möglichkeit, politisches Asyl in Polen zu beantragen. Theoretisch deshalb, da niemand weiß, ob die Grenzeinheiten ihr Asylersuchen ernst nehmen. Oft transportieren sie die Geflüchteten nicht in die Aufnahmelager sondern zurück zur Grenze. Die Helfer*innen der „Granica group“ informieren in diesen Fällen nicht nur die Grenzeinheiten, sondern lassen zum Treffpunkt als Zeugen auch oppositionelle polnische Politiker*innen und Journalist*innen hinzukommen. Dadurch wird mehr Öffentlichkeit hergestellt, aber auch das reicht manchmal nicht aus, wie die Süddeutsche Zeitung in einem Fall recherchieren konnte.[3] Einen Asylantrag für einen Aufenthalt in Polen zu stellen, kommt für die Geflüchteten fast einer Aufgabe gleich. Polen erkennt fast keine Asylanträge an. Im letzten Jahr wurde nur wenigen Hundert das Asylrecht zugesprochen.
Muss ein Krankenwagen gerufen werden, dauert es manchmal Stunden, bis der Rettungswagen eintrifft. Das Krankenhaus in Hajnowka verfügt lediglich über zwei Rettungswagen und ist derzeit total überfüllt mit Geflüchteten und Covid-Kranken. Auch ein Krankenhausaufenthalt ist keine Gewähr für ein Asylverfahren. Im Gegenteil: Nach ärztlicher Versorgung erfolgt häufig ein push-back zur Grenze.
Wie funktioniert das push back?
Vor wenigen Tagen wurde ein Gesetz verabschiedet, dass nun den Grenzbeamten ermöglicht, gleich nach dem Aufgreifen der Geflüchteten selbst zu entscheiden, ob die Person bzw. Familie überhaupt die Chance bekommen soll, einen Asylantrag stellen zu dürfen. Die Prüfung des Anerkennungsbegehrens wird dem Grenzbeamten überlassen – das widerspricht jeglichen rechtlichen Standards. Mittlerweile stellt die polnische Grenzpolizei aufgegriffenen Flüchtlingen ein drei jähriges Einreiseverbot aus. Sie werden zurück an die Grenze und durch ein Loch im Zaun auf die belarussische Seite befördert. Die belarussischen Grenzpolizisten treiben sie dann – auch prügelnd - an einer anderen Stelle wieder zurück auf die polnische Seite. Anwohner im Grenzgebiet

3https://www.sueddeutsche.de/politik/belarus-polen-migranten-fluechtlinge-eu-alexander-lukaschenko-1.5449779?reduced=true (26.10.2021: „Wo, bitte, ist Europa?“)

hörten auch Schüsse. Das Personal reicht auf polnischer Seite nicht aus, die gesamte Grenze kontinuierlich zu überwachen. Die belarussische Seite kann mit zur Hilfenahme von Drohnen immer wieder Schwachstellen der polnischen Grenzbewachung ausfindig machen, den Zaun aufschneiden und die Geflüchteten nach Polen treiben. Alternativlos begeben sich die meisten Geflüchteten wieder auf den lebensgefährlichen Weg.

Situation in Belarus?

Niemand weiß, wie viele Geflüchtete Menschen sich derzeit im belarussisch-polnischen Urwald befinden. Auf der polnischen Seite des Urwaldgebietes gibt es Schätzungen, die von 1000-2000 Geflüchteten im polnischen Teil des Waldes ausgehen. Es wird spekuliert, dass auf belarussischer Seite in der gesamten Region einige Tausend Menschen darauf warten, über die Grenze zu gelangen. Die Zahl der Geflüchteten in Belarus kann nur geschätzt werden: 5000, 10000 vielleicht 15000? Im Internet gibt es Bilder von schlafenden Geflüchteten in Minsk. Sie werden von Ordnungskräften nicht weggeschickt, übernachten u.a. an wärmenden Schächten in U-Bahnnähe. Tagsüber sitzen sie auf Bänken im Einkaufszentrum bzw. im Park. Es sind Neuankömmlinge, die sich keine Hotelübernachtung leisten können und auf eine Transportmöglichkeit zur Grenze warten. Es ist durchaus möglich, dass einige von ihnen bereits von der Grenze zurückgekehrt sind bzw. über ihre Bekannten erfahren haben, dass der Grenzübergang auch ihr Leben kosten kann. Beide Gruppen sitzen nun in Minsk fest. Eine unabhängige Berichterstattung ist in Belarus nur sehr eingeschränkt möglich, auch humanitäre Menschenrechtsorganisation wie die „Human Constanta“ wurden von Lukaschenko aufgelöst.[4] Es gibt offensichtlich den Plan, dass die Geflüchteten nach und nach von belarussischen Grenztruppen an die Grenze geführt werden. In Grenznähe befindet sich ein größeres Camp auf belarussischer Seite am östlichen Eingangstor zum Naturschutzgebiet Bialowieza, in Belyi Lesok. Hier leben die Geflüchteten, darunter viele Familien mit Kindern, im Wald, ohne großen Kontakte zur Dorfbevölkerung, wie mir berichtet wurde.
Am schlimmsten geht es denjenigen, die sich quasi im Niemandsland zwischen den polnischen und belorussischen Grenztruppen befinden. Die polnischen Grenzeinheiten versperren ihnen den Weg nach Westen und die belarussischen Einheiten den Rückweg. Südlich des Urwaldgebietes sitzt seit einer Woche eine Gruppe von über Hundert Geflüchteten in der Falle. Offensichtlich ist hier die Grenze dicht, die Geflüchteten geben ihre Hoffnung auf, die Grenze nach Polen überschreiten zu können. Sie wollen versuchen, wieder zurück nach Minsk und dann wieder in ihre Heimat zu gelangen. Wenn die polnische Grenze abgeriegelt bleibt und der Rückweg durch Lukaschenko ebenso, werden viele sterben. Wie bereits erwähnt, haben lebensrettende Hilfsorganisationen in diesem Gebiet keinen Zutritt.

Schlussfolgerungen

Derzeit vollzieht sich eine humanitäre Katastrophe an der polnisch-belorussischen Grenze, und zwar auf beiden Seiten der Grenzregion. Diese ist mittlerweile durch journalistische Recherchen in Ostpolen auch in deutschen Medien detailliert dokumentiert. Informationen über die Lage in Belarus müssten den Geheimdiensten vorliegen, wurden bislang aber nicht veröffentlicht. Ins Zentrum der täglichen Berichterstattung in Deutschland ist das Thema noch nicht gelangt.
Einige Tausend Menschen, die leicht zu retten und dann zu integrieren wären, sind zum Spielball der Politik geworden.
Unmittelbar verantwortlich handelnd sind die belarussische und polnische Regierung. Beide erhoffen sich einen Nutzen aus der Krise. Der belarussische Präsident Lukaschenko setzt die Geflüchteten als Instrument ein, um die EU zu einer Rücknahme der Sanktionen zu bewegen. Der Tod vieler Menschen wird dabei in Kauf genommen – es wird sogar noch an der Einreise der Geflüchteten verdient. Im Hintergrund beobachtet Putin die weitere Destabilisierung der Europäischen Union.

4https://www.deutschlandfunk.de/gefluechtete-als-druckmittel-lukaschenkos-versuch-die-eu-zu.2897.de.html?dram:article_id=504436V

Die polnische Regierung setzt nicht nur internationales Recht außer Kraft (Genfer Flüchtlingskonvention, Recht auf Asylverfahren, EU-Verbot von Push-back), sondern trägt mit ihrem Verhalten dazu bei, dass wahrscheinlich weitere Menschen, darunter Kinder, sterben werden. Und doch erhofft sich die polnische Regierung, dass ihr entschiedenes Handeln durch die Zurückweisung der Geflüchteten an ihrer Grenze innenpolitisch Anerkennung finden wird: Sie propagiert, die polnische Nation schützt sich, die Landesgrenze verteidigend, gegenüber illegaler Einwanderung. Sie weiß, dass sie in diesem Punkt außenpolitisch von dem Teil der EU-Staaten und gesellschaftlichen Kräften unterstützt wird, die sich für Abschottung gegenüber weiterer Migration einsetzen.

Was tun?
Die wünschenswerten Ziele für das polnische Territorium sind naheliegend:
1. Zulassung von medizinischen und humanitären Hilfsorganisationen im Sperrgebiet
2. Beendigung der push back
3. Nach vorübergehender Aufnahme und Registrierung in grenznahen Lagern Verteilung der Geflüchteten in aufnahmewillige Länder Europas. Wenn bereits Verwandte in EU-Ländern leben, sollte die Familienzusammenführung Priorität haben.

Zugleich sollte mit Lukaschenko das Gespräch gesucht werden mit den Zielen:
1. Medizinische und humanitäre Versorgung der in Belarus gestrandeten Geflüchteten
2. Beendigung der visafreien Einladungspolitik für Fluchtwillige.
3. Geordnete Rückkehr in die Heimatländer (falls dies überhaupt möglich ist, da viele in ihrem Land verfolgt werden bzw. bereits in Flüchtlingslagern außerhalb ihres Heimatlandes leben). Alternativ sollten auch die in Belarus befindlichen Geflüchteten auf die willigen EU-Staaten verteilt werden und dort ein rechtmäßiges Asylverfahren erhalten.

In Deutschland bildet sich derzeit eine Regierungskoalition, die sich die Beendigung des Sterbens an den EU-Außengrenzen zum Ziel gesetzt hat. Es wäre dringend geboten, dass die sich gerade bildende neue deutsche Regierung ein Zeichen setzt, **indem sie eine Delegation an die polnisch-belorussische Grenze entsendet**.
Dies könnte Bewegung in die Situation vor Ort bringen. Zugleich würde ein Zeichen wie dieses in Polen – und in allen anderen Staaten der EU - die zivilgesellschaftlichen Kräfte stärken, die mit Entsetzen wahrnehmen, dass entlang ihrer Grenze massiv Menschenrechte verletzt werden und die der Auffassung sind, dass eine Festung Europa keine Zukunft haben darf.
Nicht nur das liberale, weltoffene, solidarische Polen schaut derzeit auf Deutschland.
Ein weiteres Ziel der Koalitionsvereinbarung im Themenkomplex Migration ist die Gewährleistung einer geordneten, sicheren Zuwanderung. Lukaschenko unterwandert diese gerade mit allen Mitteln. Es ist derzeit schwer vorstellbar, dass die deutsche und europäische Außenpolitik einen Geheimdeal mit Lukaschenko eingehen möchte – ähnlich wie dem mit Erdoğan -. Folglich bedarf es anderer wirksamer Wege, den Flüchtlingsstrom nach Belarus zu stoppen. Das Vorhaben, die Flüge nach Minsk zu unterbinden, wird nicht funktionieren. Wie sollte zum Beispiel Damaskus von der deutschen Außenpolitik dazu gebracht werden, Minsk nicht mehr anzusteuern?
Wo die Politik versagt, sind **zivilgesellschaftliche Akteure** umso wichtiger. Sie helfen konkret und schaffen durch Berichte von ihrer Arbeit eine Gegenöffentlichkeit. In Polen ist die Bereitschaft zur humanitären Unterstützung sehr groß, wie wir uns gerade selbst überzeugen konnten.
Unterstützende deutsche Initiativen wären sehr willkommen!
Es ist dringend geboten, dass die politischen Entscheidungsträger unverzüglich Entscheidungen treffen, die Menschenleben retten, eine geordnete Zuwanderung ermöglichen und zu einer Entkrampfung in der internationalen Politik beitragen.

Thomas Handrich, Politikwissenschaftler
thomashandrich@posteo.de
Vogelsdorf, den 3.11.2021